



Islamistische Kämpfer in der Zentralafrikanischen Republik

REUTERS

ZENTRALAFRIKA

Aufruf zum Dschihad

Die im Kampf zwischen Christen und Muslimen verwüstete Zentralafrikanische Republik könnte zum Ziel von Dschihadisten werden. Die afghanischen Taliban rufen Kämpfer via Internet dazu auf, den bedrängten Muslimen dort zu helfen. Und der deutsche Konvertit Denis Cuspert, der als Rap-Per unter dem Namen Deso Dogg bekannt wurde und in Syrien vermutet wird, sagte in einem Propagandavideo: „Brüder und Schwestern, der Dschihad in der Zentralafrikanischen Republik hat begonnen.“ Französische

Experten fürchten, dass sich vor allem aus Nigeria Kämpfer der brutalen islamistischen Boko Haram auf den Weg nach Osten machen könnten. „Für die Dschihadisten ist dort ein fruchtbares Terrain. Zehntausende Muslime haben alles verloren, ihre Familien, ihr Hab und Gut“, sagt Peter Bouckaert, Krisenmanager von Human Rights Watch. Im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik, wo die meisten Muslime leben, kursierten bereits im Februar Flugblätter, die dazu aufriefen, einen Gottesstaat zu schaffen. Schon länger versuchen Islamisten, in Schwarzafrika Fuß zu fassen. Gefährdet ist besonders der Sahel-Gürtel von Mauretanien im Westen über Mali, Niger, den Tschad bis zum Sudan.

GROSSBRITANNIEN

Putin-Gegner ermordet?

Vor einem Jahr wurde der russische Oligarch Boris Beresowski tot in seiner Wohnung nahe London aufgefunden. Der Putin-Gegner hatte sich – so der Anschein – mit einem Kaschmirschal erhängt. Der emeritierte münstersche Rechtsmediziner Bernd Brinkmann bezweifelt nun diese Version. Als Gutachter im Auftrag der Tochter Beresowskis sagte er vor dem Untersuchungsgericht in Berkshire aus. Fotos und Obduktionsberichte führen ihn zu dem Schluss, dass Beresowski wohl erdrosselt wurde. Denn die Strangmarke verlief waagrecht um Hals und Nacken – bei einem Selbstmord durch Erhängen hätte sie zum Nacken hin steil ansteigen müssen, sagt Brinkmann. Beresowski hatte sich in Russland mächtige Feinde gemacht.

ROMA

Milliarden für Millionen

EU-Justizkommissarin Viviane Reding schlägt vor, einen Hilfsfonds zur besseren Integration der rund zehn Millionen Roma in Europa zu gründen. Eine für den dritten EU-Roma-Gipfel Ende

der Woche in Brüssel angefertigte Studie bescheinigt den einzelnen Ländern zwar Fortschritte, trotzdem seien viele Roma noch nicht in die Gesellschaft ihrer Gastländer integriert. Ein Problem sei, so Reding, dass die Mittel für die Roma-Integration aus dem allgemeinen Europäischen Sozialfonds stammten. Sie bekomme oft zu hören, dass jeder Euro, den die Bürgermeister

zur Unterstützung von Roma verwendeten, bei anderen Sozialprojekten fehle. Daher zögerten Gemeinden häufig, Geld aus dem EU-Sozialfonds für die Roma zu beantragen. „Ein eigener Fonds würde dieses Problem lösen“, sagte Reding. „Dann wäre klar: Das Geld gibt es nur für die Integration der Roma.“ Der Fonds könnte nach Redings Vorstellung mit Mitteln in Milliardenhöhe ausgestattet sein.



Roma in Italien

LORENZ MOSCINI / ARCHIVOLATINO / L'ANF